



KPV KOMMUNALPOLITISCHE
VEREINIGUNG DER CDU UND CSU
DEUTSCHLANDS

Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts – Kommunale Ver- antwortung beibehalten und Gebüh- renanstiege verhindern!

Beschluss

Bundesvertreterversammlung
19. November 2011 in Kassel

1 **Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts – Kommunale**
2 **Verantwortung beibehalten und Gebührenanstiege verhindern!**

3

4 Die KPV begrüßt die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und insbesondere, dass
5 das Einvernehmen mit dem kommunalen Bereich hergestellt werden konnte. Jetzt gibt es
6 klare Definitionen, unter welchen Voraussetzungen gewerbliche Abfallsammlungen zuge-
7 lassen werden können, ohne die Verantwortung der Kommunen als öffentlich-rechtliche
8 Entsorger zu gefährden. Die KPV fordert die Bundesländer auf, im Bundesrat dem Gesetz
9 zuzustimmen, damit für die Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und für
10 von ihnen beauftragte Dritte größere Rechtssicherheit hergestellt wird.

11 In der Neufassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes wurde im Gesetz eine Ver-
12 ordnungsermächtigung für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne oder einer
13 einheitlichen Wertstoffeffassung in vergleichbarer Qualität“, mit der Verpackungsabfälle
14 und stoffgleiche Nicht-Verpackungsabfälle erfasst werden sollen, geschaffen. Die konkre-
15 ten rechtlichen Regelungen diesbezüglich sollen erst nach Erlass des Kreislaufwirtschafts-
16 gesetzes vorgenommen werden.

17 Die KPV begrüßt, dass die Koalition in einem Entschließungsantrag im Bundestag zugesagt
18 hat, dass die Regelungen zur Wertstofftonne oder vergleichbarer Erfassung in einem ei-
19 genständigen Gesetz erfolgen sollen. Die KPV fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
20 auf, auch die Entscheidung über kommunale oder private Trägerschaften im Einvernehmen
21 mit den Kommunen zu treffen.